

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

13.12.2022

Inhalt

EWN

- 1 | **EnBW: Rückbau verzögert sich**
BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN Karlsruhe, 13.12.2022 3
- 2 | **Kernkraft für die Niederlande**
F+ (Frankfurter Allgemeine Zeitung), 12.12.2022 4

 BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN Karlsruhe | 13.12.2022 | S. 1 Auflage: 27.969 | Reichweite: 123.439

EnBW: Rückbau verzögert sich

Weiterbetrieb von Neckarwestheim bringt Zeitplan durcheinander

Philippsburg/Neckarwestheim (dpa). Die verlängerte Laufzeit für das Atomkraftwerk (AKW) Neckarwestheim II verzögert die Rückbaupläne des Betreibers EnBW erheblich. Es gehe um mehr als die dreieinhalb Monate, die der Meiler im Landkreis Heilbronn länger am Netz bleiben soll, sagte der Geschäftsführer der Kernkraftsparte, Jörg Michels, am Montag in Philippsburg. Die Verzögerung betrage voraussichtlich mehrere Monate, eventuell sogar deutlich mehr als ein Jahr, sagte er. Die EnBW plane den Rückbau ihrer Meiler rund zehn Jahre im Voraus, sagte Michels. Der

Konzern beauftrage Firmen, mache Verträge und vereinbare Terminfenster. Das alles werde nun Schritt für Schritt neu organisiert. Allerdings seien die Unternehmen ebenso bei anderen Kunden im Einsatz, so dass vereinbarte Termine nicht einfach um dreieinhalb Monate verschoben werden könnten.

Steht wohl noch ein bisschen länger: Das Kernkraftwerk Neckarwestheim kann laut Betreiber EnBW nicht so schnell zurückgebaut werden wie geplant.



F+ (Frankfurter Allgemeine Zeitung) | 12.12.2022

Klaus Max Smolka

WEBLINK

Kernkraft für die Niederlande

Die Regierung plant zwei neue Atomkraftwerke – im Südwesten des Landes. Dort steht der derzeit einzige Meiler. Seine Laufzeit wird verlängert. Ein Standort nahe Deutschland ist aus dem Rennen.

Mit einer Vorentscheidung für zwei neue Atomkraftwerke nimmt die Rückbesinnung auf Kernenergie in den Niederlanden Gestalt an. Die Regierung will sie vorzugsweise in Borssele in der südwestlichen Provinz Zeeland bauen lassen. Dort steht schon jetzt das einzige verbliebene Kernkraftwerk; sein Betrieb wird über 2033 hinaus verlängert. Ein Standort gut 60 Kilometer nördlich bleibt vorläufig eine zweite Option. Dagegen ist Eemshaven nahe der deutschen Grenze ausgeschieden. Die neuen Kraftwerke sollen etwa 2035 fertiggestellt sein und 9 bis 13 Prozent zum Strommix beitragen.

Lange schien Kernkraft ein Auslaufmodell in der fünftgrößten Volkswirtschaft der EU. Aus klimapolitischen Gründen kam seit 2018 eine zunächst leise Diskussion darüber auf, wieder mehr auf diese Energieform zu setzen, die praktisch keine CO₂-Emissionen verursacht. Im Dezember schließlich stellte die Regierung im Koalitionsvertrag zwei neue Kernkraftwerke in Aussicht. Der Ukrainekrieg hat dem weiteren Auftrieb gegeben – wobei das Thema in der öffentlichen Diskussion vergleichsweise wenig präsent ist.

Endgültig könne die Ortswahl für die neuen Kraftwerke frühestens Ende 2024 fallen, schrieb der Minister für Klima und Energie, Rob Jetten von der linksliberalen Partei D66, in einem Brief ans Parlament. Denn zunächst stehe eine Untersuchung über die Umweltfolgen an, in die Bürger und andere Beteiligte einzubeziehen seien – aufgrund internationaler Verträge auch im Ausland, wenn die Folgen grenzüberschreitend sein könnten. Das zielt im Fall Borssele auf das nahe Belgien. Jetten verwies auf die nukleare Expertise und Infrastruktur der Region: wegen des bestehenden Kernkraftwerks, aber auch wegen des nahen Lagers für radioaktiven Abfall. Außerdem sieht er ausreichend Unterstützung unter den Bürgern, weil die Kraftwerke Arbeitsplätze in die ansonsten strukturschwache Region brächten und in der Folge weitere Unternehmen anziehen.

Plan B sieht als Standort das Hafen-, Kraftwerk- und Industriegelände Maasvlakte I bei Rotterdam vor. Dagegen fällt der dritte bislang gesetzlich festgelegte Standortkandidat weg: Eemshaven an der Emsmündung nahe Niedersachsen, ein Zentrum der (nichtnuklearen) Energiebranche. Ministerpräsident Mark Rutte hatte ihn im vergangenen Jahr recht unvermittelt im Wahlkampf ins Gespräch gebracht – was wohl als Testballon zu werten war. Der Widerstand kam schnell und heftig, denn die Provinz Groningen, in welcher Eemshaven liegt, fühlt sich durch die Erdgasförderung und resultierende Erdbeben schon gebeutelt. „Eemshaven wird nicht mehr erwogen“, schrieb Jetten jetzt. Das Kabinett wolle es auch formell als Reservestandort ausschließen.

Die beiden neuen Reaktoren sollen eine Kapazität von 1000 bis 1650 Megawatt aufweisen. Das bestehende Kraftwerk in Borssele trägt 4 Prozent zur Stromerzeugung bei. Es stammt aus dem Jahr 1973 und sollte eigentlich 2033 schließen – soll nun aber weiterlaufen, wie das schon im Koalitionsvertrag stand und jetzt bestätigt wurde. Die Beschlüsse fielen auf der Konferenz der Minister am Freitag – mit einer Woche Verspätung. Eigentlich hatte das Kabinett sie am Freitag zuvor verabschieden wollen, doch das sickerte in die Presse durch. Rutte ließ das Thema dann fallen, offensichtlich aus Verärgerung und um ein Exempel zu statuieren.

Dauerhaft stillgelegt

Bis 1997 betrieben die Niederlande noch einen Meiler nahe der deutschen Grenze: in Dodewaard bei Nijmegen. Er ist dauerhaft stillgelegt. Dass Kernenergie so eine geringe Rolle spielt, hat hauptsächlich mit der bisher üppigen Erdgasversorgung zu tun. Denn seit Anfang der Sechzigerjahre versorgt sich das Land aus einem großen Erdgasfeld in der Provinz Groningen. Dort bebte mit der Zeit immer öfter und immer heftiger die Erde, deswegen hat die Regierung die Förderung weitgehend heruntergefahren. Erdgas macht etwa 40 Prozent des Gesamtverbrauchs im Land aus. Geplant war,

zunehmend auf russisches Gas zu setzen. Aber das ist seit dem Ukrainekrieg hinfällig – weswegen die Hähne in Groningen vorsorglich noch mindestens eine Weile offen bleiben. Windkraft und Sonnenenergie sollen auf lange Sicht fossile Brennstoffe ersetzen und den Großteil der Energieversorgung sicherstellen. Ziel ist es, die Stromversorgung bis 2040 CO₂-neutral zu gestalten. Kernkraft kann nach Aussage im Koalitionsvertrag „im Energiemix eine Ergänzung sein“. Zur Koalition – der vierten unter Ruttes Ägide – gehören seine rechtsliberale VVD, Jettens D66, der Christdemokratische Aufruf CDA und die moderat kalvinistische Christenunion. Die oppositionellen Sozialdemokraten und Grünen sind gegen Kernkraft.

Die Niederlande stehen energiepolitisch seit einem Gerichtsurteil im Jahr 2018 verstärkt unter Druck: Damals erwirkte die Umweltorganisation Urgenda gerichtlich, dass Den Haag schneller gegen die Erderwärmung vorgehen müsse. Eine Debatte über Atomkraft nahm Fahrt auf – beeinflusst aus ganz unerwarteter Ecke: durch den bekannten Satiriker Arjen Lubach, der in seiner damaligen Sonntagssendung im Fernsehen Vorteile der Kernenergie beleuchtete. Tags darauf sprach sich der damalige VVD-Fraktionsvorsitzende Klaas Dijkhoff für den Bau neuer Kernkraftwerke aus. Rutte pflichtete später bei. „Ohne neue Kernkraftwerke könnten wir unsere Klimaziele nicht erreichen“, sagte

der Premier

Den Haag hat überdies angeordnet, dass spätestens 2030 Schluss sein soll mit der Kohleverstromung. Anders als in Deutschland gibt es in den Niederlanden dafür keine Entschädigung – was die deutschen Energiekonzerne RWE und Uniper betrifft, denn sie müssen nun vorzeitig Kraftwerke auf der Maasvlakte abschalten. RWE klagte auf 1,4 Milliarden Euro Schadenersatz; Ende November bestätigte ein Haager Gericht aber die staatliche Haltung. RWE und Uniper ließen wissen, man werde sich künftig dreimal überlegen, ob man noch Kraftwerke in den Niederlande baue.

Vertrauensschutz wird nun auch bei den anstehenden Kernkraftprojekten eine Rolle spielen – denn was passiert bei einem Regierungswechsel zu Parteien, die Kernkraft ablehnen? „Stabile Politik“ sei von Privatunternehmern als Bedingung genannt worden, schreibt Jetten im Brief ans Parlament. Und: „Staatliche Unterstützung ist notwendig, um die finanziellen Risiken zu begrenzen.“ Im Koalitionsvertrag hatte die Regierung zunächst 5 Milliarden Euro für Vorbereitung und Bau in Aussicht gestellt. Ausschreibungen sollen bis 2024 kommen. Ausgeschlossen werden nach Regierungsangaben Lieferanten aus Russland – das ein bedeutender Uranexporteur ist – und aus China, das viel Erfahrung im Bau von Kernkraftwerken hat.